

## **Schneeberger: Gutachten erteilen Plänen für Windkraftanlagen in Lichtenwörth eine klare Absage**

Utl.: Erhebliche Bedenken gegen die von der Gemeinde angestrebte Umwidmung für Windkraftanlagen =

St. Pölten (NÖI) - "Sachverständige haben in ihren Gutachten massive Bedenken gegen die Errichtung von Windkraftanlagen in Lichtenwörth erhoben und eine Nicht-Genehmigung seitens des Landes Niederösterreich angeregt. Damit wird die von der Gemeinde Lichtenwörth angestrebte Umwidmung nicht genehmigt werden können. Den Plänen für die Errichtung von Windkraftanlagen in Lichtenwörth wird damit eine klare Absage erteilt", informiert der Klubobmann der VP Niederösterreich, Mag. Klaus Schneeberger.

"Trotz massiver Widerstände seitens der Bürger, der Gemeinde Zillingdorf und der ÖVP Lichtenwörth versucht Bürgermeister Proksch mit Unterstützung von NR Peter Wittmann mit unverständlicher Sturheit dieses Projekt durchzuzupfeitschen. Am 30. Juni hat nun der Gemeinderat mit SP-Stimmen die Umwidmung beschlossen. Die im Rahmen der Begutachtung vom Land eingeholten Gutachten bestätigen jedoch die Bedenken und führen gewichtige Argumente gegen die Errichtung von Windkraftanlagen an diesem Standort an", so Schneeberger.

"Ein Amtssachverständiger für technische Luftfahrtangelegenheiten hat in einer Stellungnahme festgestellt, dass Sicherheitsbeeinträchtigungen für die Luftfahrt im Raum Wr. Neustadt nicht ausgeschlossen werden können. Das Gutachten eines Raumordnungssachverständigen des Landes wiederum bestätigt diese Stellungnahme und weist zusätzlich darauf hin, dass die Mindestleistungsdichte von 220 Watt/Quadratmeter nicht erfüllt wird. Das Land Niederösterreich wird der Gemeinde Lichtenwörth nun diese Versagungsgründe mitteilen. Die Argumente sind jedoch so schwerwiegend, dass man davon ausgehen kann, dass die Gemeinde sie nicht widerlegen kann", sagt Schneeberger.

"Dieser Fall zeigt klar und deutlich die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit der 2004 im Landtag beschlossenen Novelle zum Raumordnungsgesetz. Auf Initiative der ÖVP wurden damals die Grundlagen geschaffen, um zu verhindern, dass Windkraftanlagen an nicht dafür geeigneten Standorten errichtet werden. Es hat sich

gezeigt, dass dieses Gesetz ein taugliches Mittel ist, um bürgernahe und sachgerechte Entscheidungen treffen zu können. Es stellt sich nur die Frage, welche Interessen in dieser Angelegenheit der Bürgermeister vertritt: Die der Bürger, die der Umwelt, oder doch nur seine eigenen?", so Schneeberger.

Rückfragehinweis:

VP Niederösterreich

Presse

Tel.: 02742/9020 - 140

<http://www.vpnoe.at>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

OTS0029 2006-08-27/11:56

271156 Aug 06

Link zur Aussendung:

[https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20060827\\_OTS0029](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20060827_OTS0029)